

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 35 (1994)  
**Heft:** 13

**Artikel:** Die Zeit arbeitet für Miloševi : zu den Hintergründen des serbisch-serbischen Zwists  
**Autor:** Mati, Ljubomir  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092913>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Zu den Hintergründen des serbisch-serbischen Zwists

# Die Zeit arbeitet für Milošević

«Slobodan Milošević betritt die gefährlichste Phase seiner Herrschaft ... Jetzt befindet er sich erstmals in einer Lage, in der die Zeit gegen ihn arbeitet. Die internationale Gemeinschaft verliert die Geduld, weil es ihm nicht gelingt, das einzuhalten, was er versprochen hatte — die Unterschrift der bosnischen Serben unter den Friedensplan der internationalen Kontaktgruppe. Der zweite Griff der Zange, in der er sich befindet, ist derzeit die in der Öffentlichkeit Serbiens durch seine Politik hervorgerufene Missbilligung, die in offene Unzufriedenheit münden könnte, sollte die Blockade an der Drina-Grenze länger andauern.»

Als dieser Kommentar Ende August in der Belgrader Wochenzeitschrift «NIN» erschien, waren über 60 % der befragten Bürger gegen die Blockade der «serbischen Brüder vom anderen Drina-Ufer». Hätte die Öffentlichkeit damals gewusst, dass Karadžić von seiner Warte aus gesehen nicht ganz zu Unrecht die Unterschrift verweigerte, dann wäre der Prozentsatz wohl noch höher gewesen. Denn die gemäss Friedensplan ausgearbeitete verfassungsrechtliche Stellung der serbischen Minderheit in Bosnien-Herzegowina hat tatsächlich einige Mängel.

## Stimmungsumschwung in der Bevölkerung

Das hatte Karadžić von Anfang an behauptet — trotz der Erklärungen des russischen Aussenministers, Kosirew, und entsprechender Begleitmusik des Belgrader Establishments, dass den bosnischen Serben das Recht gewährt werden solle, mit Serbien und Montenegro eine Konföderation einzugehen, ebenso wie dies der Friedensplan für die bosnischen Kroaten und Muslime mit Kroatiens vorsieht. Später forderte der französische Aussenminister, Alain Juppé, dass dieses Recht den Serben offiziell zuerkannt werden solle.

Seinem politischen Verhalten treu bleibend, verunmöglichte Karadžić es jedoch, aus Juppés Kompromissbereitschaft dauerhaftere Unterstützung für die Serben zu sichern. Aus seinem Stab kam nämlich die Erklärung, dass nicht eine Konföderation gewünscht sei, sondern eine Vereinigung aller Serben in

einem einheitlichen Staat. Und das wiederum bedeutet nun die Weiterführung des Krieges, den die Serben in Serbien nicht mehr wollen. Das zeigte sich schnell in einer Meinungsumfrage in den ersten Septembertagen: Gegen eine Blockade an der Drina sprachen sich nun noch 50 % aus. Ein grosser Sinneswandel, wenn man bedenkt, dass innerhalb weniger Tage immerhin 10 % ihre Meinung zugunsten einer Blockade geändert hatten.

Und dass dieser Trend anhält, dafür sorgen Miloševićs Sozialisten mit regelmässiger Information der Öffentlichkeit über die humanitäre Hilfe — täglich rund 300 Tonnen Lebensmittel aus Serbien über die Drina. Ob das viel oder wenig ist, das überlassen sie den anderen zu beurteilen; wichtig ist nur, dass der Eindruck vermittelt wird, die Serben in Bosnien würden nicht ganz des Beistandes aus Serbien beraubt werden.

## Machtgerangel zwischen Milošević und Karadžić

Im übrigen behauptet Karadžić, dass er Hilfe gar nicht nötig habe. Laut jüngsten Schätzungen des Londoner Internationalen Instituts für strategische Studien verfügen die bosnischen Serben über 80 000 Soldaten, 330 Panzer, 800 Geschütze, 40 Kampfflugzeuge und 30 Helikopter. So sind die Serben (mit Ausnahme der Truppenstärke — der Bestand der Muslime und Kroaten zusammen wird auf rund 160 000 Mann geschätzt) in jeder Hinsicht den bosnischen Regierungstruppen und den Kroaten überlegen, da diese zusammen nur über 115 Panzer und 600 Geschütze verfügen. Darüber hinaus verfügen nur die Serben über eine Luftwaffe.

Dieselbe Quelle führt an, dass die Serben ihre geringere Truppenstärke mit einer besseren Organisations- und Befehlsstruktur kompensieren. Dem kann noch eine weitere Tatsache hinzugefügt werden: Die Soldaten der bosnischen Kroaten nehmen, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum an den Einsätzen gegen die Serben teil. Von einer bosnisch-kroatischen Konföderation ist hier also noch nichts zu spüren. Karadžić erklärte sogar, dass die Kroaten

Seinem politischen Verhalten treu bleibend, verunmöglichte Karadžić, aus Juppés Kompromissbereitschaft dauerhaftere Unterstützung für die Serben zu sichern.

Die Soldaten der bosnischen Kroaten nehmen, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum an den Einsätzen gegen die Serben teil.

Es gibt Gerüchte, wonach der Befehlshaber des bosnisch-serbischen Heeres, General Ratko Mladić, die Rolle des «bosnischen Brutus» spielen könnte.

ihn mit Erdöl versorgen und deshalb die Blockade die bosnischen Serben nicht weiter stört.

Inwiefern die Behauptungen Karadžićs den Realitäten entsprechen, oder ob sie nur der Ausdruck von Trotz eines Desperados sind, der bereit ist, sich mit seinem Volk ins Verderben zu stürzen, wie dies Belgrad erklärt, werden möglicherweise die kommenden Monate zeigen. «Möglicherweise», so ausländische Einschätzungen, weil der Krieg in Bosnien und der Herzegowina, vorausgesetzt in der heutigen Intensität, noch ein ganzes Jahrzehnt dauern könnte — bis je zum letzten Mann auf allen drei Seiten.

Im Augenblick ist jedenfalls sicher, dass Karadžić gegen Miloševićs Politik Widerstand leistet, und das durchaus erfolgreich, wie der amerikanische Staatssekretär Warren Christopher jüngst konstatierte: Bei der Entwirrung der Krise sei mit Miloševićs Einfluss nicht allzu sehr zu rechnen. Auch Miloševićs Drohung, er werde Karadžićs Sturz herbeiführen, ist derzeit nicht besonders aussichtsreich. Und die Gerüchte, die in Belgrad die Runde machen, wonach am Ende der Befehlshaber des bosnisch-serbischen Heeres, General Ratko Mladić, die Rolle des «bosnischen Brutus» spielen könnte, streitet die bosnisch-serbische Führung in Pale natürlich ab. Diese ihrerseits verlangt eine Änderung an der Staatsspitze Serbiens, ohne freilich Milošević direkt beim Namen zu nennen: Aus einer Vereinigung mit Serbien werde nichts, «solange es von jenen geleitet werde, die die Blockade errichtet haben», meinte der Präsident der bosnisch-serbischen Versammlung in Pale, Momčilo Krajišnik.

## Die Geister, die er rief ...

Indes, auch wenn Krajišnik dies nicht beabsichtigt hatte, so zeigt diese Bemerkung doch die Wurzel des Zerwürfnisses zwischen Belgrad und Pale, nämlich die Frage, wer — und in welcher Form — den künftigen Staat aller Serben führen solle. Seit längerem ist offenkundig, dass die serbische Republik in Bosnien andere Wege beschritten hat als Miloševićs Serbien.

Nun, Tatsache ist, dass die — in Serbien grösstenteils berüchtigten — Tschetniks in der serbischen Republik verehrt werden; Mund-zu-Mund-Propaganda besagt, dass Karadžić für «Kapitalismus» und Monarchie und gegen die Politik von Milošević Sozialistischer Partei eintritt. All dies wirft tatsächlich die Frage auf, wer von den beiden serbischen Führern denn nun an die Spitze eines gemeinsamen Staates gelangen könnte, unabhängig davon, ob dieser Staat einheitlich, föderal oder konföderal aufgebaut sein sollte.

Die schon längst von den bosnischen Serben ausgestossenen Drohungen, dass ihr Heer «einmal nach Belgrad kommen» und «es wahren Patriotismus lehren» werde, sind nicht nur blosser Rhetorik: Als Milošević noch der unangefochtene Strategie bei der Lösung der serbischen Frage war, wuchs neben ihm mit seiner Hilfe noch ein Führer heran, dessen Machtgier grösser ist als die Position, die er jetzt innehat. Es ist durchaus möglich, dass die serbische Politik — neben dem Druck durch die internationalen Sanktionen und dem wirtschaftlichen Niedergang — genau aus dieser Erkenntnis heraus eine Änderung erfuhr. Die anscheinend leichtfertige Übernahme von Kosirews unverifizierter Äusserung, wonach es den bosnischen Serben freistünde, eine Konföderation mit Serbien und Montenegro einzugehen, wäre, unter diesem Aspekt, keine politische Naivität Belgrads, sondern eine wohlinstudierte Reaktion, um Zeit zu gewinnen, bis die Entwicklung in Bosnien klarer wird, um dann die Einhaltung des Versprochenen einzufordern.

Dies bestätigt auch der Akademiker Mihajlo Marković, «ein erlauchter Funktionär von Miloševićs Sozialistischer Partei», wie er in der Öffentlichkeit stets bezeichnet wird: Das Ablassen vom ursprünglichen Ziel «alle Serben in einem Staat» (jetzt geht es nur noch um den Schutz der ausserhalb Serbiens und Montenegros lebenden Serben), resultiere nicht nur aus dem internationalen Druck, sondern auch aus den inner-serbischen Verhältnissen. «Ein einheitlicher Staat kann nicht aus zwei völlig verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Systemen entstehen. Wenn in der Serbischen Republik (in Bosnien) alles privatisiert, die Monarchie geplant, der Kirche eine in keinem anderen modernen Staat mehr starke Rolle zuerkannt wird, und wenn sich Karadžićs Serbische Demokratische Partei, die die politische Bewegung aller bosnischen Serben hätte darstellen sollen, sich in eine herrschende Partei rechter Hörigkeit verwandelt, dann vereiteln solche und ähnliche Schritte auf absehbare Zeit eine Vereinigung mit Serbien.»

Daraus kann auch geschlossen werden, dass die Verhängung der Drina-Blockade

**Es stellt sich die Frage, wer von den beiden serbischen Führern schliesslich an die Spitze eines gemeinsamen Staates gelangen könnte.**

**Die Abkehr Belgrads von den Serben in Bosnien könnte auch Ausdruck der in Serbien steigenden Angst vor Karadžićs Machtgier sein.**

de und die Abkehr Belgrads von den Serben jenseits des Flusses nicht nur Ausdruck der Furcht Serbiens vor einem Hinheinziehen «in einen Krieg gegen die ganze Welt» ist, den Karadžić mit seinem Verhalten verursachen könnte, sondern auch Ausdruck der in Serbien steigenden Angst vor Karadžićs Machtgier. Daraus kann aber wiederum auch geschlossen werden, dass im Gegensatz zur «NIN»-Beurteilung, die Zeit nicht gegen, sondern für Milošević und dessen Politik der Kriegsbeendigung arbeitet, ebenso wie für dessen Anstrengungen, einen modus vivendi für die Serben in Kroatien zu erarbeiten, wobei hier immer deutlicher wird, dass sich diese mit einem Autonomiestatus innerhalb Kroatiens werden zufriedengeben müssen.

In europäischen Zeitungen war zu lesen, dass «Milošević mit Karadžić ein Ungeheuer herangezüchtet hat, das er nicht mehr in sein Versuchslabor zurückbeordern kann». Eben aus dieser Erfahrung heraus wird Milošević kaum seine eigene Blockade durchbrechen wollen, und sei es nur, weil sie ihm selbst von Nutzen sein würde, wie es ein ausländischer Diplomat in Belgrad formulierte: «Man könnte sich beispielsweise vorstellen, dass er diesen Schritt wagen würde, sollte ihn vor allem der Westen mit seinem Druck dazu treiben, noch Öl ins bosnische Feuer zu giessen, um seine eigene Lage zu verbessern. Andeutungen, wonach Milošević nach Bosnien auch den politischen Rückzug aus dem Kosovo, der Vojvodina und dem Sandschak plant (dies wird natürlich von den Bosnienserben massiv ausgeschlachtet mit der Ergänzung, dass sie mit ihrem Krieg im Grunde auch Serbien verteidigen), trägt in Belgrad sicherlich nicht zum Eifer bei, Karadžićs Kriegslust zu mässigen. Es liegt an uns, dem Rechnung zu tragen.»

## Serbische Interessen berücksichtigen

Jürgen Schroborg, politischer Direktor im deutschen auswärtigen Amt, sprach Mitte September vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europarates laut Meldungen der Belgrader Presse im selben Sinn und Geist: «Man kann Herrn Milošević gegenüber skeptisch sein, aber er ist derjenige, der die Serben in Serbien vertritt, und er ist derjenige, der die Grenze an der Drina gesperrt hat und jetzt eine internationale Aufsicht an den Grenzübergängen akzeptierte ... Auf jeden Fall gibt es zu Herrn Milošević keine Alternative.»

So hinkt denn die beschlossene teilweise Aufhebung der internationalen Sanktionen gegen Serbien und Montenegro solchen Erklärungen hinterher, weshalb Milošević weiterhin scharfen Attacken seitens der serbischen Opposition ausgesetzt ist. So wird ihm vorgeworfen, er sei

in den Verhandlungen mit dem Ausland zu nachgiebig gewesen, er habe «viel gegen nichts gegeben». Eine weitere Darlegung des Standpunktes der kriegshetzerischen Politiker wie Vojislav Sešelj erübrigt sich. Sie klagen Milošević so wieso direkt des Verrats an.

Andere wiederum kritisieren neben der Nachgiebigkeit, dass es eine echte Aufhebung des Embargos nicht geben werde, weil die folgenreichsten Massnahmen im wirtschaftlichen Bereich gar nicht erwähnt werden. Berichte über internationale Treffen wie das Prager Treffen vom letzten Monat des Ausschusses hoher Beamter der KSZE, an dem u. a. auch argumentiert wurde, dass «auch eine teilweise Aufhebung der Sanktionen die Anerkennung des Sieges der Aggressoren» bedeute, werden natürlich von Miloševićs Gegnern als Beweis aufgeführt, dass «die Welt nach wie vor gegen die Serben» sei.

All dies macht aber vor allem deutlich, dass es trotz gegensätzlicher Interessen bei der Lösung der Jugoslawien-Krise doch immer mehr Politiker gibt, die aus der Falle herausmöchten, in die sie sich selbst hineinmanövriert hatten, indem sie die Totalkonfrontation mit Serbien suchten. So waren sie nach Miloševićs Misserfolg mit den bosnischen Serben bereit, sogar Karadžić die Bereitschaft zum Entgegenkommen zu signalisieren, wie beispielsweise Juppés Erklärung in Belgrad interpretiert wurde. Das meinte auch Jürgen Schroborg, als er sagte: «Es muss Hand in Hand mit den Russen gehandelt werden, um die Serben zu einer Evolution zu bewegen ... Wir müssen mit allen Hauptbeteiligten sprechen ... Die einzige Alternative dazu wäre Krieg, der den ganzen Balkan erfassen würde. Und niemand ist auf einen solchen Krieg vorbereitet.»

Aber auch Milošević gibt gegenüber dem Westen Signale. In seiner letzten Rede, in Vranje in Südserbien, wo seine grösste Anhängerschaft zu finden ist, erklärte er, dass «die Serben das stärkste» (was nicht stimmt) «und das grösste» (was schon gar nicht stimmt) Balkanvolk sind und demzufolge eine grosse Verantwortung und Bedeutung für den Frieden in jenem Teil Europas tragen. Indem er Grösse, Stärke und Wichtigkeit der Serben potenzierte, bedeutet diese Adresse durchaus auch die Botschaft an den Westen, dass ein Ignorieren der immerhin zehn Millionen Serben, die letztlich nur mit einem vernünftigen Mass an zugewiesenem Status zufrieden sein können, nichts bringen würde. Ohne das Fingerspitzengefühl für diese Ausgangslage besteht mit oder ohne Milošević jederzeit die Gefahr einer Wiederholung des Jahres 1991, mit allen Greueln und allen Risiken für die internationale Gemeinschaft, die jenes Jahr damals in Gang gesetzt hatte. *Ljubomir Matić* ■